Presseschau vom 03.06.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info.
Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa ein.
Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.
Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen aus Sozialen Netzwerken sind violett gekennzeichnet.
Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“
Die Online-Version ist unter https://alternativepresseschau.wordpress.com/ *erreichbar.*

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: **Tierversuche mit BioNTech-Impfstoff zeigen gefährliche Konzentration von Nano-Partikeln in Organen**
In Japan hat die Zulassungsbehörde auf Anfrage nach dem Informationsfreiheitsgesetz die bisher nicht zugänglichen Tierversuchsdaten zum mRNA-Impfstoff von Pfizer/BioNTech veröffentlicht. Aus den Daten geht hervor, dass die mRNA-Nanopartikel nicht wie von den Herstellern behauptet an der Einstichstelle im Muskelgewebe verbleiben, sondern in vielen Fällen hochkonzentriert in die Organe gelangen. RT DE fragte das Gesundheitsministerium auf der Bundespressekonferenz nach dessen Bewertung. …
https://kurz.rt.com/2jf8

de.rt.com: **Folge der "Klimapolitik": Gips wird teuer und knapp**
Durch die CO2-Auflagen werden immer mehr Kohlekraftwerke in Deutschland geschlossen. Rund die Hälfte des Baugipses wurde dort hergestellt. Jetzt droht eine Verteuerung des Baustoffs. Holger Ortleb vom Bundesverband der Gipsindustrie schlägt Alarm. Jetzt soll der Gips aus China kommen. …
https://kurz.rt.com/2jed

Vlad Georgescu: **Militärdienstleister aus Dubai übermittelt für RKI Corona-App-Schnelltestdaten**

Ecolog International arbeitet sowohl für die Bundeswehr als auch die US-Armee und war im Irak sowie Afghanistan dabei — ein Diagnostikunternehmen ist Ecolog nicht. Das Unternehmen ist auch Mitglied von Lobbyorganisationen der Rüstungsindustrie. …
https://kurz.rt.com/2je8

Arthur Buchholz: **Pride Month? Ja, bitte – aber bitte nicht überall**
Es ist wieder so weit: Juni ist der Monat, in dem sich Firmen die Gunst und das Portemonnaie der LGHDTV-Community sichern wollen. Die Regenbogenflagge ist einfach überall. Überall? Nicht ganz, Firmen wollen ja schließlich Profite machen und keinen Aktivismus betreiben. …
https://kurz.rt.com/2jb3

Kaspar Sachse: **German Angst siegt: Fast die Hälfte aller Deutschen wollen "nach der Pandemie" weiter Maske tragen**
Kurzatmigkeit, Schwindelgefühl, eingeschränktes Sichtfeld, Kommunikationsprobleme, geschwächtes Immunsystem, Treppenstürze, verstörte Kinder und beschlagene Brillen. Trotz dieser Beschwerden möchte fast die Hälfte der Deutschen "nach der Pandemie" weiter Maske tragen. …
https://kurz.rt.com/2jei

abends/nachts:

Telegram-Kanal der Delegation der DVR in der Kontaktgruppe: **Kiew ist zu allem bereit, um ein persönliches Treffen mit den Vertretern der Republiken zu verhindern**
Die ukrainische Regierung macht die Fortsetzung der persönlichen Treffen der Kontaktgruppe von Fragen, die mit den Minsker Vereinbarungen nichts zu tun haben, abhängig.
So hat der offizielle Sprecher der ukrainischen Delegation ein neues Ultimatum verlautbart: Wenn die belorussische Regierung Vertreter der Republiken zu Protassewitsch lassen, so werde Lukaschenko nicht weiter Vermittler sein können und Minsk ein Verhandlungsort“.
Ausgehend von dieser Erklärung kommen eine Reihe von Fragen an die ukrainische Führung auf: Wenn die Rechtsschutzorgane von Belarus negativ auf die Anfrage der Rechtsschutzorgane der DVR und der LVR antworten, werden dann die Treffen in Minsk wieder aufgenommen? Oder sind wir ein weiteres Mal gezwungen, die persönlichen Erfindungen einer Person zu Gesicht zu bekommen, die die Funktion eines PRlers in den Medien ausübt und keinen politischen Einfluss auf der Ebene der Führung der Ukraine hat.
Herr Protassewitsch hat keinerlei Beziehung zum Minsker Prozess und die von Herrn Arestowitsch geäußerte Bedingung demonstriert den Willen der ukrainischen Regierung, eine Wiederaufnahme der persönlichen Treffen mit den Vertretern der Republik in Minsk nicht zuzulassen.
Durch solche abstrusen Erklärungen vertieft die ukrainische Seite nur die Verhandlungskrise und opfert weiter den Frieden im Donbass zugunsten der Interessen der westlichen Partner.
Wladislaw Moskowskij, Pressesekretär der Delegation der DVR in der Kontaktgruppe

snanews.de: **Ostsee-Gaspipeline Nord Stream 2 steht kurz vor Testphase**
Die im Westen umstrittene Ostsee-Gaspipeline Nord Stream 2 von Russland nach Deutschland steht russischen Medienberichten zufolge kurz vor einer Testphase. An der fast fertiggestellten Gasleitung sollen in wenigen Tagen die Erprobungen beginnen.
Nächste Woche sei es soweit, sagte der Gouverneur des russischen Gebietes Leningrad, Alexander Drosdenko, am Mittwoch. Das Betreiberkonsortium Nord Stream 2 AG wollte die

Angaben vorerst nicht kommentieren.

Deutsche Umwelthilfe will das Projekt stoppen

Indes versucht die Deutsche Umwelthilfe (DUH), das Projekt auf den letzten Metern noch zu stoppen. Sie habe beim Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH) beantragt, die Bau- und Betriebsgenehmigung aus Klimaschutzgründen zu widerrufen, teilte die Organisation mit.

„Obwohl die Pipeline das größte fossile Projekt Europas ist, wurden im zurückliegenden Genehmigungsverfahren die Auswirkungen auf die Klimaziele nicht überprüft“, kritisierte die DUH.

Sie beantrage zudem, die unterlassene Klimaschutzprüfung nachzuholen und für diesen Zeitraum den Weiterbau der Pipeline auszusetzen.

Die Pipeline ist fast fertiggestellt. Gegner wie die USA kritisieren, dass sich Europa dadurch abhängig von Russland mache. Von den zuvor angedrohten Sanktionen haben die USA aber unter der Regierung von Präsident Joe Biden Abstand genommen.

Finanzpartner am Projekt

Als Finanzpartner sind an dem Projekt der Düsseldorfer Versorger Uniper, der österreichische Mineralölkonzern OMV, der französische Energiegigant ENGIE (vormals GDF Suez), das weltgrößte Mineralöl- und Erdgasunternehmen Shell sowie die deutsche Wintershall Dea mit jeweils zehn Prozent der Anteile beteiligt. Die restlichen Aktien sind im Besitz des russischen Gasriesen Gazprom, der mit einem Anteil von 15 Prozent an der globalen Gasproduktion der größte Gaslieferant der Welt ist.

Ostsee-Gaspipeline Nord Stream 2

Die Pipeline Nord Stream 2 hat einen geschätzten Wert von rund 9,5 Milliarden Euro. Erdgas aus Russland soll in die EU durch zwei parallel verlaufende Stränge von mehr als 2400 Kilometern Gesamtlänge fließen – bis zu 55 Milliarden Kubikmeter pro Jahr.

Der Anlandepunkt für Nord Stream 2 liegt am Greifswalder Bodden neben der ersten Nord-Stream-Leitung. Er wird mit der Gasaufnahmestation von Gascade - einer Tochter von Wintershall und Gazprom - verbunden. Die Gesamtfläche der Aufnahmestation beträgt 11,9 Hektar. In der Station wird das russische Gas noch einmal gefiltert, der Druck in der Rohrleitung gesenkt, das Gas angewärmt und gemessen. Anschließend soll es über die Anbindungsleitungen NEL und EUGAL ins Gastransportsystem der Europäischen Union strömen.

Gegner und Befürworter des Projekts

Mehrere Länder stemmen sich gegen das Projekt. Die USA behaupten, eine zu starke Abhängigkeit Europas von russischem Gas zu befürchten, und wollen das Projekt mit Sanktionen stoppen, um russisches Pipelinegas in Europa durch ihr deutlich teureres verflüssigtes Erdgas (LNG) zu ersetzen.

Auch osteuropäische Staaten wie Polen und die baltischen Länder lehnen die Pipeline ab. Die Ukraine befürchtet schwere Einbußen nach einem möglichen Wegfall des russischen Gastransits durch ihr Territorium wie auch den Verlust ihres Status als wichtiges Gastransitland.

Die Bundesregierung verwies immer wieder darauf, dass es sich um ein wirtschaftliches Projekt handelt. Nun gerät sie aber immer stärker unter Druck, entschied sich aber trotzdem für den Bau. Auch Österreich plädiert für die Umsetzung des Projekts.

Am Fertigbau der Leitung sind die russischen Rohrlegeschiffe “Fortuna” und “Akademik Cherskiy” im Einsatz. Die beiden Schiffe wurden in die Ostsee verlegt, nachdem Spezialschiffe des schweizerischen Offshore-Dienstleisters Allseas Ende 2019 vom Bau der Pipeline abgezogen worden waren. Grund für den Rückzug waren Sanktionsdrohungen der USA.

https://cdn.snanews.de/img/07e5/06/02/2351108_0:160:3073:1888_1440x0_80_0_0_7f697eed1f69ca2216beaea1aa337175.jpg

vormittags:

sputnik.by: **Sechs Jahre danach: USA erneuerten Sanktionen gegen Weißrussland**
Die Vereinigten Staaten von Amerika haben die Sanktionen gegen Weißrussland wieder aufgenommen, am Donnerstag treten restriktive Maßnahmen gegen neun staatliche Unternehmen in Kraft, teilte die Verwaltung des Weißen Hauses mit.
Seit 2007 verhängten die USA schrittweise Sanktionen gegen den Öl- und Gassektor in Weißrussland. Acht Jahre später, im Jahr 2015, wurde jedoch eine Genehmigung erteilt, neun Unternehmen vorübergehend von Sanktionslisten zu streichen. Anschließend wurde der Beschluss vor dem Hintergrund der Verbesserung der Beziehungen zwischen Weißrussland und dem Westen regelmäßig verlängert, auch aufgrund der Rolle Minsks bei der Lösung des Konflikts im Donbass.
Nach den Präsidentschaftswahlen im August 2020 haben sich die Beziehungen zwischen Minsk und dem Westen stark verschlechtert.
Washington erklärte, dass die Vereinigten Staaten zusammen mit der Europäischen Union und anderen Partnern derzeit eine weitere Liste gezielter Sanktionen gegen einige belarussische Beamte ausarbeiten. Die Länder beschuldigen Minsk der Verletzung der Menschenrechte, der Korruption, der Manipulation der Präsidentschaftswahlen 2020 sowie der Festnahme des Oppositionsführers Roman Protasewitsch, der am 23. Mai 2021 mit einem Ryanair-Flugzeug von Athen nach Vilnius flog, das außerplanmäßig in der weißrussischen Hauptstadt landete. Die weißrussischen Behörden weisen alle Vorwürfe gegen sie zurück.
Europas Reaktion
Nach dem Vorfall mit dem Flugzeug beschlossen die EU-Chefs, Flüge der belarussischen Fluggesellschaft "Belavia" über Europa zu verbieten, und empfahlen europäischen Fluggesellschaften, Flüge über Weißrussland zu vermeiden.
Der Leiter der europäischen Diplomatie, Josep Borrell, sagte seinerseits, dass das vierte Paket personenbezogener Sanktionen gegen Weißrussland fast fertig sei und am 21. Juni genehmigt werden könne. Auf den bisherigen Sanktionslisten standen Vertreter der belarussischen Behörden, darunter auch der Präsident des Landes, Alexander Lukaschenko.

https://cdn12.img.sputnik.by/images/104293/14/1042931481.jpg

sputnik.by: **Außer in Notsituationen: EASA hat eine Richtlinie erlassen, um Flüge über Weißrussland zu verbieten**

Nach der Notlandung eines Ryanair-Flugzeugs in Minsk in der vergangenen Woche haben EU-Staaten ihren Luftraum für belarussische Flugzeuge gesperrt.

Die Agentur für Flugsicherheit der Europäischen Union (EASA) hat eine Richtlinie zur Flugsicherheit veröffentlicht, in der die Mitgliedsstaaten der Organisation aufgefordert werden, ihre nationalen Fluggesellschaften zu verpflichten, den Luftraum von Weißrussland zu meiden, so die Website der Regulierungsbehörde.

Die Richtlinie besagt, dass dies getan werden muss, um "das potenzielle Risiko für Passagiere und Besatzungsmitglieder zu verringern".

Gleichzeitig wird festgelegt, dass "Flüge im Luftraum von Weißrussland nicht mehr erlaubt sind, wenn dies für ein sicheres Arbeiten unter unvorhergesehenen Umständen nicht erforderlich ist".

Das Dokument weist auch darauf hin, dass die Richtlinie bei Bedarf überarbeitet wird.

Was ist passiert?

Es sei daran erinnert, dass die Billigfluggesellschaft Ryanair, die von Athen nach Vilnius flog, am 23. Mai außerplanmäßig in Minsk landete, nachdem eine Bombendrohung übermittelt wurde.

Später wurde dies nicht bestätigt, aber der ehemalige Redakteur des in Weißrussland als extremistisch eingestuften Telegram-Kanals NEXTA, Roman Protasewitsch, sowie seine Freundin, die russische Staatsbürgerin Sofia Sapega, wurden an Bord festgenommen.

Danach verurteilte die EU die Notlandung des Ryanair-Flugzeugs in Minsk und forderte zusätzliche Sanktionen gegen Weißrussland. Die Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten beschlossen, den europäischen Luftraum für Flugzeuge aus Weißrussland zu schließen, und forderten auch die Fluggesellschaften auf, Flüge über die Republik zu vermeiden.

Die Fluggesellschaft Belavia musste Flüge in eine Reihe europäischer Länder sowie in die USA einstellen. Minsk, so sagen Experten, könnte sich über die Geschehnisse in der ICAO beschweren - wegen der Verletzung des Übereinkommens über die internationale Zivilluftfahrt.

Die ICAO berichtete, dass sie den Vorfall selbst untersuchen werde, die ersten Ergebnisse sollen bis zum 25. Juni zusammengestelltt werden.

https://cdn12.img.sputnik.by/images/07e5/05/1b/1047725471.jpg

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 2. Juni 2021 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

de.rt.com: **EU bringt Flugverkehr ins Stocken – Verbindungen zwischen Deutschland und Russland wiederhergestellt**

Mehrere Flüge zwischen Deutschland und Russland mussten am Mittwoch wegen fehlender Genehmigungen storniert werden. Nach Angaben zuständiger russischer Behörden kommt man aufgrund der Vielzahl von Anträgen mit der Bearbeitung nicht hinterher.

Nach Flugausfällen wegen fehlender Genehmigungen soll der Flugverkehr zwischen Deutschland und Russland ab Donnerstag wieder problemlos laufen. Für den Mittwoch waren mehrere Passagierflüge der Lufthansa und der russischen Airlines Aeroflot und S7 zwischen den beiden Ländern storniert worden. Hintergrund war laut Bundesverkehrsministerium, dass für Flüge der Lufthansa von der zuständigen russischen Behörde keine rechtzeitige Genehmigung erfolgt sei. Entsprechend habe auch das Luftfahrtbundesamt keine weiteren Genehmigungen für Flüge russischer Airlines erteilt.

Am Mittwochabend kam die Entwarnung. Die Lufthansa teilte mit, doch wieder in Moskau und Sankt Petersburg landen zu dürfen. Man habe inzwischen die Genehmigung für den kompletten Juni bekommen, sagte eine Sprecherin des Unternehmens. Kurz darauf bestätigte dies das Verkehrsministerium, verbunden mit der Nachricht, dass ab sofort auch russische Airlines wieder in Deutschland landen dürfen.

Hintergrund war nach Berliner Ministeriumsangaben, dass Moskau im März 2020 wegen der COVID-19- Pandemie einseitig die bilateralen Vereinbarungen zum Linienverkehr ausgesetzt hatte. Folglich wurden Flüge zwischen beiden Ländern in verringerter Zahl, teils auf monatlicher Charterbasis und auf der Grundlage der Gegenseitigkeit genehmigt.

Zuletzt hatten aber auch Air France und Austrian Airlines einzelne Flüge annullieren müssen, da sie keine rechtzeitige Erlaubnis seitens der russischen Behörden erhielten. Die russische Luftfahrtbehörde erklärte diesbezüglich, dass sie wegen einer Vielzahl von Anträgen nicht mit der Bearbeitung hinterherkomme. Hintergrund der aktuellen Lage ist, dass die westlichen Fluggesellschaften wegen der Umgehung des weißrussischen Luftraums neue Flugrouten zu Zielen in Russland beantragen müssen.

Die Umgehung des weißrussischen Luftraums sei nötig, da die EU die Ex-Sowjetrepublik für "nicht mehr sicher" erklärt habe. Der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko soll am Sonntag vor einer Woche in Minsk angeblich eine Ryanair-Passagiermaschine mit mehr als 100 Menschen an Bord zur Landung gezwungen haben. Hierbei wurden der in Weißrussland

gesuchte und als Extremist eingestufte Blogger Roman Protassewitsch und dessen Freundin festgenommen. Als Reaktion forderte die EU westliche Airlines auf, den Luftraum Weißrusslands zu meiden. Diese müssen nun unter anderem bei russischen Behörden neue Routen beantragen.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.06/article/60b86cb0b480cc2d3953a91d.JPG

snanews.de: **Nicaragua: Haftbefehl gegen Präsidentschaftskandidatin der Opposition erlassen**

Ein halbes Jahr vor der Präsidentenwahl in Nicaragua hat die Staatsanwaltschaft des Landes einen Haftbefehl gegen die oppositionelle Kandidatin Cristiana Chamorro erlassen. Das folgt aus einer Mitteilung der Justizbehörde am Mittwoch (Ortszeit).

Demnach wird die Tochter der früheren Staatschefin Violeta Barrios de Chamorro neben der Geldwäsche auch der „ideologischen Falschheit“ beschuldigt.

Wie örtliche Medien unter Verweis auf eine zunächst nicht öffentlich zugängliche Mitteilung der Justiz berichteten, hat zudem ein Gericht in der Hauptstadt Managua einem Antrag der Staatsanwaltschaft stattgegeben, Chamorro unter anderem die Ausübung öffentlicher Ämter sowie die Ausreise zu verbieten.

Der Bruder von Cristiana Chamorro, der Journalist Carlos Chamorro, schrieb am Mittwochabend (Ortszeit) auf Twitter, dass das Wohnhaus seiner Schwester mehr als fünf Stunden lang durchsucht worden sei. Seine Schwester stehe nun unter Hausarrest, das Haus sei weiter von der Polizei „besetzt“.

Am Dienstag hatte Cristiana Chamorro ihre Präsidentschaftskandidatur angekündigt. Sie vertritt das oppositionelle Parteienbündnis Alianza Ciudadanos por la Libertad (Allianz Bürger für die Freiheit).

Zwei Wochen zuvor hatte Nicaraguas Innenministerium mitgeteilt, es gebe klare Indizien für Geldwäsche in einer nach der Ex-Präsidentin Barrios de Chamorro benannten Stiftung in den Jahren 2015 bis 2019, als die Tochter diese leitete. Die Staatsanwaltschaft sei eingeschaltet worden. Die jüngere Chamorro wies die Anschuldigung zurück.

Im November soll die Präsidentenwahl in Nicaragua stattfinden.

Der Vorsitzende der Frente Sandinista de Liberación Nacional (FSLN), Daniel Ortega, war von 1985 bis 1990 gewählter Staatspräsident von Nicaragua. Nach den Wahlniederlagen in den Jahren 1990, 1996 und 2001 wurde er am 5. November 2006 wiedergewählt und am 6. November 2011 sowie am 7. November 2016 im Amt bestätigt.

https://cdn.snanews.de/img/07e5/06/03/2353095_0:85:3071:1812_1440x0_80_0_0_e09602dae063a6305e9960856047d0a1.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 3. Juni um 9:00 Uhr 4805 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.
Davon wurden bis 4198 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.
Seit Beginn der Pandemie gibt es 441 Todesfälle.

deu.belta.by: **Wer wollte wirklich das Ryanair-Flugzeug in Minsk landen lassen? ONT-Video enthüllt Details des Flugs Athen-Vilnius**
Der TV-Staatssender ONT hat ein Enthüllungsvideo zur Notlandung der Ryanair-Maschine in Minsk gezeigt, das am 23. Mai von Athen nach Vilnius flog. Das Video gibt Aufschluss über die Chronologie der Ereignisse, lässt Passagiere zu Wort kommen und demonstriert Aufnahmen von der Vernehmung des festgenommenen Roman Protassewitsch.
Aus dem Video erfahren die Zuschauer, dass die E-Mail über die Bombendrohung beim Nationalen Flughafen Minsk am 23. Mai um 12:25 Uhr eingegangen war, als sich das Flugzeug noch im ukrainischen Luftraum befand. Nach 5 Minuten haben die Fluglotsen die Piloten informiert – die Maschine war gerade in den belarussischen Luftraum eingeflogen. Die Crew bekam die Empfehlung zur Notlandung im Flughafen Minsk.
Die Gespräche zwischen den Fluglotsen und Piloten dauerten etwa 15 Minuten. Die ganze Zeit hielt der Flugkapitän Funkkontakt mit seiner Fluggesellschaft und möglicherweise mit dem Flughafen Vilnius. Das Flugzeug näherte sich inzwischen der Grenze zu Litauen.
„Das Gespräch dauerte 15 Minuten. Mit einer Geschwindigkeit von 900 km/h erreichte die Boeing 737 die Stadt Lida. Bis zur belarussisch-litauischen Grenzen waren es 25 km. Bis zum Flughafen Vilnius - 78 km. Zwei Minuten hätten gereicht, um in den litauischen Luftraum einzufliegen. Aber der Chefpilot entscheidet anders – er leitet die Maschine um und fliegt Richtung Flughafen Minsk. Niemand hat ihn dazu gezwungen, niemand hat ihm einen Befehl gegeben. Er erhielt nur eine Empfehlung. Hätte er nicht umgelenkt, hätte das Flugzeug in weniger als 2 Minuten den belarussischen Luftraum verlassen“, sagte der Kommandeur der Luftstreitkräfte und Luftabwehr Igor Golub.
Um 13:24 Uhr stoppte die Maschine im Flughafen Minsk. Nach der Durchsuchung von Gepäck und nach der Passagierkontrolle wurde nichts Verdächtiges gefunden. Das Video demonstriert Aufzeichnungen von Gesprächen zwischen den Spezialdiensten und Video-Aufnahmen von Fahrzeug-Kameras, die die Gerüchte widerlegen sollen, dass die Sonderdienste angeblich im Voraus zum Flugplatz geschickt worden waren.
Roman Protassewitsch war einer der Letzten, die das Flugzeug verlassen haben. Nach der

ersten Kontrolle am Flugplatz setzte er sich in den Shuttlebus. Als er noch in der Schlange vor der Passkontrolle stand, ging im Internet die Information über die erzwungene Notlandung des Flugzeugs und die Festnahme von Roman Protassewitsch herum. Als erster hat diese Meldung Franak Večerka in sozialen Netzwerken veröffentlicht. Als sich nach 30 Minuten diese Meldung in allen möglichen Massenmedien verbreitet hatte, stand Roman Protassewitsch noch ganz ruhig bei der Passkontrolle.
Wer wusste denn, dass sich Roman Protassewitsch gerade in diesem Flugzeug befinden würde. In Belarus konnte niemand darüber wissen, behaupten die Autoren. Nur drei Seiten verfügen über die Angaben zu den Fluggästen: Flughäfen im Ausreise- und Zielland und die Fluggesellschaft.
Bei der Vernehmung sagte Roman Protassewitsch, dass er vorher mit einer Person einen ziemlich heftigen Konflikt hatte. Und diese Person konnte wissen, dass Roman diesen Flug von Athen nach Vilnius nehmen wird, weil sie auch im Gruppenchat war, wo Protassewitsch das einzige Mal – 40 Minuten vor dem Abflug – über seine Heimflugpläne informierte.
„Kaum hatte ich das gesagt, war ich sofort in Minsk gelandet. Auf der Stelle!“ betonte der Angeklagte. Seiner Meinung nach war das kein Zufall.
Apropos, die Verhaftung des Belarussen am Minsker Flughafen erfolgte nach einer ausführlichen und lautstarken Erklärung von Swetlana Tichanowskaja zu diesem Vorfall, die sie in ihrem Telegram-Kanal abgegeben hat.

https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000022_1622707444_57444_big.jpg

de.rt.com: **Israel greift Beobachtungsposten der syrischen Armee in den besetzten Golanhöhen an**
Das israelische Militär hat Bodentruppen eingesetzt, um einen Beobachtungsposten auf den besetzten Golanhöhen zu zerstören. Mit dieser Operation soll Israel eine Botschaft an Syrien und die Hisbollah gesendet haben, wonach der Golan zu Israel gehöre.
Die israelische Armee habe "einen vorderen" Beobachtungsposten der syrischen Armee zerstört, der "in einem israelischen Gebiet westlich der Alpha-Linie in den Golanhöhen" eingerichtet gewesen sei, schrieb der israelische Armeesprecher Avichay Adraee am Dienstagabend auf Twitter. Er fügte hinzu, dass Israel keinen Versuch tolerieren werde, die "Souveränität des jüdischen Staates" zu verletzen. Eine unmittelbare Meldung über Opfer gab es nicht. In den Videoaufnahmen ist zu sehen, wie Israel Bodentruppen eingesetzt hat, um die Beobachtungsposten mit Sprengstoff in die Luft zu sprengen.
In dem Bericht heißt es, die IDF habe vorsätzlich Bodentruppen eingesetzt, anstatt den Ort aus der Luft anzugreifen, um Syrien und der Hisbollah zu signalisieren, dass Israel "keine Verletzung seiner Souveränität" tolerieren werde.

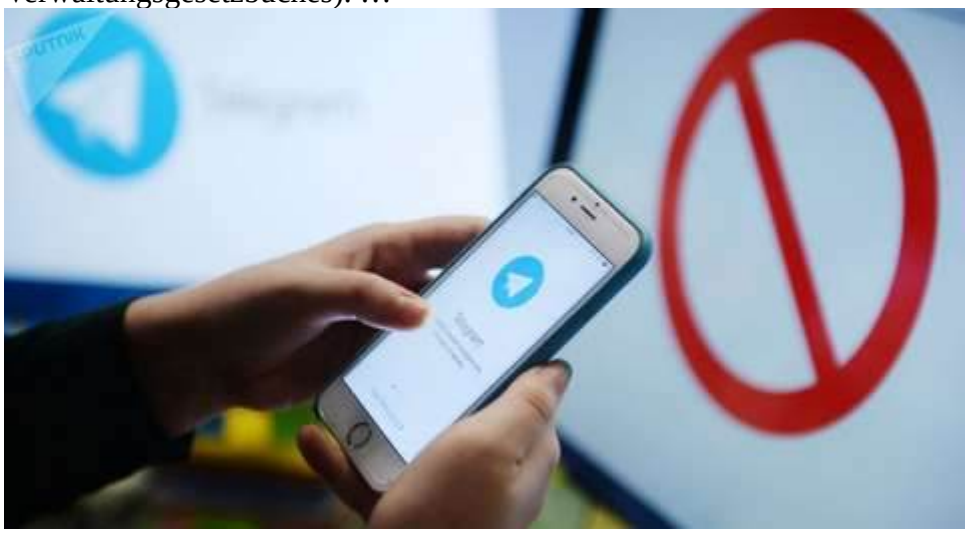
Der israelische Armeesprecher erklärte zudem, es sei das dritte Mal innerhalb eines Jahres, dass Israel eine solche Operation durchgeführt habe. Die Golanhöhen gehören zu Syrien. Sie wurden im Zuge des Sechstagekrieges völkerrechtswidrig von Israel besetzt und 1981 annektiert. Der ehemalige US-Präsident Donald Trump erkannte 2019 den Anspruch Israels auf Souveränität über die Golanhöhen an. Syrien forderte Israel im November 2020 dazu auf, sich aus den besetzten syrischen Golanhöhen zurückzuziehen. Die syrische Regierung forderte seinerzeit den UN-Sicherheitsrat auf, seiner Verantwortung im Rahmen der UN-Charta gerecht zu werden, indem dieser Israel zur Einhaltung der Resolutionen 242, 338, 350 und 497 des UN-Sicherheitsrates verpflichtet.
Seit Beginn des syrischen Konflikts im Jahr 2011 hat Israel Hunderte Angriffe auf syrischem Boden durchgeführt und dabei die Souveränität des arabischen Landes während des gesamten Konflikts verletzt, ohne dabei durch internationale Organisationen wie die UN zur Rechenschaft gezogen zu werden. Israel greift routinemäßig unter anderem Ziele in Syrien an, um nach offiziellen Angaben gegen Stellungen der libanesischen Hisbollah und weitere mit Iran verbündete Milizionäre sowie iranische Aktivitäten vorzugehen.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.06/article/60b87d38b480cc6af5068a15.jpg

Mzdnr.ru: Am 2. Juni wurden in der DVR 605 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 130 positiv, bei 48 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt.
Am 3. Juni um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 39.408 Fälle von Coronavirusinfektion registriert.
4580 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 31.848 als gesund entlassen, es gibt 29 Todesfälle.
In den letzten 24 Stunden wurden 85 Fälle von Lungenentzündung festgestellt, 15 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 68 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 1536 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 692 mit Sauerstoffunterstützung (+26 in den letzten 24 Stunden).
Außerdem wurden mit 299 Expresstests 59 Patienten entdeckt, die bereits eine Coronavirusinfektion durchgemacht haben. Insgesamt wurden seit dem 18. März 2021 1840 Patienten entdeckt, die bereits eine Covid-19 Erkrankung durchgemacht hatten.

sputnik.by:**Telegram-Kanal "Schodino Dlja Schisni Chat" als extremistisch eingestuft**
Materialien zur Einstufung des Senders als extremistisch wurden vom Innenministerium, dem Untersuchungsausschuss und der Staatsanwaltschaft an das Gericht übermittelt.
Das Gericht in Schodino stufte den Telegram-Informationskanal „Schodino Dlja Schisni Chat" als extremistisch an, teilte die Generalstaatsanwaltschaft von Belarus mit.
„Eine Kopie der Entscheidung des Gerichts wurde dem Informationsministerium zur

Aufnahme in die republikanische Liste extremistischer Materialien und zur Sperrung von Internetressourcen, die zur Verbreitung extremistischen Materials auf dem Territorium von Belarus beitragen, übermittelt“, teilte der Pressedienst der Behörde mit.
Wie von der Staatsanwaltschaft festgestellt, haben die Eigentümer, Administratoren und Nutzer dieses Telegram-Kanals seit dem 8. Oktober 2020 wiederholt extremistisches Material darauf gepostet. Die Verwaltung des Kanals hat keine Maßnahmen ergriffen, um die Veröffentlichung zu verhindern.
Der Staatsanwalt der Stadt bereitete eine Erklärung über die Bewertung der veröffentlichten Materialien vor und schickte sie an das Gericht, die auf dem Telegrammkanal "Zhodino Dlya Zhizni Chat" veröffentlicht wurde. Das Gericht gab der Aussage der Staatsanwaltschaft vollumfänglich statt und ordnete die sofortige Vollstreckung der Entscheidung an.
In Weißrussland haben die Gerichte bereits mehr als 20 Telegram-Kanäle als extremistisch eingestuft. Die Materialien wurden dem Gericht vom Innenministerium, dem Untersuchungsausschuss und der Staatsanwaltschaft übermittelt.
…
Früher hatte der Untersuchungsausschuss erklärt, dass die Veröffentlichung von Informationen aus gerichtlich als extremistisch eingestuften Internetquellen eine administrative Verantwortlichkeit nach sich zieht (Artikel 17.11 Teil 2 des Verwaltungsgesetzbuches). …



https://cdn12.img.sputnik.by/images/07e5/02/19/1047001045.jpg

de.rt.com: **Russische Zentralbank: US-Sanktionen sind anhaltendes Risiko, aber Nationalreserven halten alles aus**
Weitere mögliche US-Sanktionen stellen für Russland ein anhaltendes Risiko dar. Das Land hat jedoch seine Bargeldreserven erhöht und die Bankenpolitik geändert, um mögliche Risiken unter Kontrolle zu halten, so die Chefin der Zentralbank.
Elwira Nabiullina, die Chefin der russischen Zentralbank, hat dem US-amerikanischen TV-Sender CNBC ein Interview gegeben. Hierin erklärte sie, dass weitere mögliche Sanktionen Washingtons zwar ein Risiko für Russland darstellen, dank der russischen Reserven aber leicht zu überstehen sind. Sie sagte:
"Deshalb ist unsere Geldpolitik wie auch die Fiskalpolitik und die gesamte makroökonomische Politik ziemlich konservativ."
Sie fügte hinzu, dass Russland über Reserven verfügt, die groß genug sind, "um allen finanziellen oder geopolitischen Szenarien standzuhalten."
Russland steht seit dem Jahr 2014 einer Reihe von Sanktionen aus Washington gegenüber. Das Land war gezwungen, seine Wirtschaft so zu verwalten, dass es gegen alle möglichen zukünftigen Maßnahmen abgesichert ist. Auch dieses Jahr wurde Moskau nach den

Vorwürfen, sich in die US-Wahlen eingemischt und die Vergiftung des vom Westen unterstützten Videobloggers Alexei Nawalny angeordnet zu haben, mit weiteren Einschränkungen belegt.
Eine Möglichkeit, sich gegen Sanktionen zu wehren, sei es, viel Geld in Reserve zu halten, hob Nabiullina hervor und merkte an, dass Russlands Finanzpolster sehr diversifiziert sei. Außerdem sei die Entdollarisierung Teil einer breit angelegten russischen Agenda, um Fremdwährungsrisiken zu entgegnen.
Im Februar änderte Moskau die Struktur seines Nationalen Vermögensfonds, indem man chinesische Yuan und japanische Yen hinzufügte und den Anteil von US-Dollar und Euro auf jeweils 35 Prozent senkte. Der Fonds hält auch britische Pfund.
Russland verfolgt bereits seit geraumer Zeit eine Entdollarisierungsstrategie. In den vergangenen Jahren gab es keine Anzeichen für eine Verlangsamung in dieser Richtung. Die US-Währung, die vom stellvertretenden russischen Außenminister Sergei Rjabkow als "giftig" bezeichnet wurde, findet im internationalen Handel mit Moskau immer seltener Verwendung. Der Kreml begleicht Rechnungen bevorzugt in Rubel oder in der nationalen Währung des Handelspartners.
So ist im ersten Quartal 2020 der US-Dollaranteil im Handel zwischen Peking und Moskau erstmals unter 50 Prozent gefallen. Noch vier Jahre zuvor machte dieser Wert über 90 Prozent der bilateralen Währungsabrechnungen aus.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.06/article/60b89733b480cc6ddf5741fd.jpg

nachmittags:

de.rt.com: **Russischer Staatsfonds liquidiert alle US-Dollar-Werte**
Der Staatsfonds für Nationales Wohlergehen Russlands veräußert innerhalb eines Monats alle noch in US-Dollar nominierten Kapitalanlagen aus seinem Portfolio. Das hat Finanzminister Anton Siluanow auf dem Sankt Petersburger Internationalen Wirtschaftsforum verkündet.
Russland wird innerhalb eines Monats alle in US-Dollar nominierten Aktiva in der Kapitalanlagenstruktur seines Staatsfonds für Nationales Wohlergehen vollständig aufgeben. Dies gab der russische Finanzminister Anton Siluanow am Donnerstag gegenüber Journalisten am Rande des Internationalen Wirtschaftsforums in Sankt Petersburg bekannt. Von der russischen Nachrichtenagentur TASS wird Siluanow mit folgendem Wortlaut zitiert:
"Wie auch schon die [russische] Zentralbank haben wir die Entscheidung getroffen, die Investitionen des Staatsfonds für Nationales Wohlergehen in US-Dollar-Aktiva zu reduzieren. Heute sind etwa 35 Prozent des Staatsfonds für Nationales Wohlergehen in US-Dollar angelegt. Wir haben uns entschieden, uns vollständig aus den Dollar-Aktiva

zurückzuziehen[…]"
Zusätzlich wird auch der Anteil der im britischen Pfund Sterling nominierten Anlagen im Portfolio zurückgefahren. Ausgeglichen wird dies dadurch, dass die Anteile von Gold, Euro und Yuan (korrekt: Renminbi) in diesem Staatsfonds erhöht werden; der Anteil des japanischen Yen in der Anlagenstruktur bleibt unberührt.
Siluanow zufolge wird der Übergang zur neuen Struktur des Staatsfonds für Nationales Wohlergehen umgehend erfolgen – er brachte das Vorhaben mit den Worten zur Kenntnis, "ziemlich schnell, innerhalb eines Monats, bei diesem Anteil anzukommen."
Die grobe Struktur der Kapitalanlagen im Portfolio soll nach der Änderung etwa folgendermaßen aussehen:
"Null Prozent in US-Dollar, 40 Prozent in Euro, 30 Prozent in Yuan, 20 Prozent in Gold, jeweils fünf Prozent in britischen Pfund Sterling und Yen. Wir haben [dann] den US-Dollar durch eine fünfprozentige Erhöhung [der jeweiligen Anlagen] in Euro, Gold und Yuan ersetzt."
Erst im Frühjahr 2021 hatte Russlands Finanzministerium dem Staatsfonds für Nationales Wohlergehen die Genehmigung erteilt, neben in Fremdwährungen nominierten Aktiva auch in Edelmetalle zu investieren.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.06/article/60b8b437b480cc600a28e418.jpeg

deu.belta.by: **SWR und KGB werden gemeinsam gegen destruktives Handeln des Westens vorgehen**
In Witebsk fand heute ein Treffen zwischen Sergej Naryschkin, Leiter des Dienstes der Außenaufklärung der Russischen Föderation (SWR), und Iwan Tertel, Chef des Komitees für Staatssicherheit der Republik Belarus (KGB), statt. Das teilte der KGB-Pressedienst der Telegraphenagentur BelTA mit.
Die Leiter russischer und belarussischer Geheimdienste haben gemeinsame Schritte besprochen, die die Behörden im Bereich der nationalen Sicherheit angesichts einer aggressiven US- und EU-Politik gegenüber Russland und Belarus zu unternehmen haben.
„SWR und KGB haben sich ganz im Sinne der bruderstaatlichen Beziehungen darauf geeinigt, gemeinsam gegen die destruktive Politik des Westens vorzugehen, die auf die politische, soziale und wirtschaftliche Destabilisierung des Unionsstaates abzielt. Die Teilnehmer des Treffens kamen darin überein, dass eine Konsolidierung aller Bemühungen Not tut, um Moskau und Minsk für die Bewältigung globaler Herausforderungen und neuer Sicherheitsbedrohungen im Unionsstaat zu stärken“, geht aus der Pressemeldung hervor.

https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000022_1622720162_57449_big.jpg

de.rt.com: **Mysteriöse Vorfälle im Iran: Schiff sinkt im Golf von Oman, während Ölraffinerie in Brand gerät**

In einer Ölraffinerie in Teheran ist es zu einem Großbrand gekommen. Wenige Stunden zuvor war eines der größten Schiffe der iranischen Marine im Golf von Oman in Brand geraten. Das verstärkt den Verdacht, dass es sich dabei um eine neue Runde von Sabotageakten handelt.

In der Ölraffinerie Schahid Tondgujan am Rand der Hauptstadt Teheran ist es am Mittwochabend zu einem Großbrand gekommen. Ein Sprecher der Anlage bestätigte am Abend entsprechende Medienberichte, wies jedoch Spekulationen über einen Sabotageakt zurück. Der Brand habe eine technische Ursache. Bei diesem Vorfall soll in der Raffinerie eine Gasleitung explodiert sein. Der Unfall sei durch ein Leck in einer Flüssiggas-Notfallleitung verursacht worden.

Das Feuer wurde mittlerweile unter Kontrolle gebracht und niemand dabei verletzt, so der Sprecher der Ölraffinerie. Die Raffinerie Schahid Tondgujan im Süden der Hauptstadt werde allerdings wohl eine Weile stillgelegt werden. Am Donnerstagnachmittag teilte der Sprecher der Raffinerie jedoch mit, dass Produktionsanlage in den nächsten Stunden wieder in Betrieb gehe, hieß es von der Tasnim News Agency. Bis dahin bleibt das Ausmaß der Schäden in der Infrastruktur allerdings noch unklar. Alle Krankenhäuser in der Nähe der Raffinerie waren am Mittwoch wegen möglicher Schwerverletzter in Alarmbereitschaft.

Während die iranische Regierung versuchte, der Öffentlichkeit zu versichern, dass das Feuer die Benzinproduktion nicht beeinträchtigen werde, bildeten sich am Donnerstagmorgen, dem Beginn des Wochenendes in der Islamischen Republik, lange Schlangen vor den Tankstellen.

Wenige Stunden zuvor am selben Tag war eines der größten Schiffe der iranischen Marine im Golf von Oman in Brand geraten und unter ungeklärten Umständen später gesunken. Alle Besatzungsmitglieder des militärischen Trainingsschiffs namens Charg wurden vorher evakuiert. Das Schiff war für eine Übungseinheit auf dem Weg in internationale Gewässer, als das Feuer ausbrach. Unklar ist noch, wie die Charg nur sechs Stunden nach Ausbruch des Feuers sinken konnte. Die Charg wurde in den 70er-Jahren in Großbritannien gebaut und 1984 in die iranische Marine aufgenommen.

Diese mysteriösen Vorfälle am selben Tag im Iran verstärkten den Verdacht, dass Israel hinter diesen Explosionen stecken dürfte. Am Ende seiner fünfjährigen Dienstzeit behauptete der scheidende Chef des israelischen Auslandsgeheimdienstes Mossad Yossi Cohen – kurz vor den mysteriösen Explosionen im Iran –, dass Israel in das Herz seines Feindes Iran eingedrungen sei. Cohen bezog sich dabei auf die Sabotageakte seines Dienstes auf die Urananlagen im Iran und auf die Ermordung des iranischen Kernphysikers Mohsen Fachrisadeh. Auf die iranische Nuklearanlage in Natanz in der zentraliranischen Provinz

Isfahan war im April ein Angriff verübt worden, der zum Ausfall der Stromversorgung geführt hatte.
Von dieser asymmetrischen Kriegführung zwischen Teheran und Tel Aviv bleibt Israel jedoch nicht verschont. Nach der jüngsten Explosion in der Atomanlage Natanz erschütterte am 20. April eine gewaltige Explosion ein Raketenlager in Israel. Während israelische Medien von einem routinemäßigen Raketentest ausgingen, behauptet ein iranischer Sicherheitsexperte, dass ein mutmaßlich vom Iran beauftragter Agent das Raketenlager infiltriert habe, um die Tanks voller Festbrennstoff und Explosivmitteln zu sprengen.
Ihren Schattenkrieg führen Israel und der Iran nicht nur aus der Luft oder auf dem Land, sondern auch in internationalen Gewässern. Israel greift im östlichen Mittelmeer und im Roten Meer iranische Handelsschiffe an, umgekehrt nehmen die Iraner israelische Schiffe ins Visier. Das iranische Schiff MV Saviz wurde Anfang April bei einer Explosion im Roten Meer beschädigt. Laut Medienberichten war womöglich Israel für den Vorfall verantwortlich. Als Vergeltungsmaßnahme traf ein paar Tage später eine iranische Rakete das in israelischem Besitz befindliche Schiff Hyperion in der Nähe der Vereinigten Arabischen Emirate im Arabischen Meer.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.06/article/60b8a216b480cc6b0e60b489.JPG

Armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 03.06.2021**
In den letzten 24 Stunden wurde **keine Verletzung des Regimes der Feuereinstellung** von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.
Wir stellen fest, dass in Awdejewka **zwei Gruppen ukrainischer Journalisten** des Programms „Fakty“ des Fernsehsenders „ICTV“ und des Fernsehsenders „Prjamoj“ eingetroffen sind, deren **Arbeit bis zum 13. Juni auf den Frontpositionen der ukrainischen Streitkräfte** im Verantwortungsbereich der 72. Brigade geplant ist. Der Brigadekommandeur Bogomolow ist angewiesen, den Kiewer Propagandisten Unterstützung bei der **Erstellung inszenierter Videoreportagen** zu leisten, die die Volksmiliz der Verletzung des Regimes der Feuereinstellung beschuldigen und die Situation an der Kontaktlinie darstellen.
Außerdem verfügen wir über Informationen, dass das **Kommando der OOS im Zusammenhang mit einem Mangel an Personal zur Ausführung von Aufgaben im vorderen Verteidigungsbereich wieder bewaffnete nationalistische Formationen herangezogen** hat. So sind in der Oblast Sumy im 16. Panzergrenadierbataillons der 58. Brigade etwa 30 Mitglieder der nationalistischen Organisation „Rechter Sektor“ eingetroffen. Derzeit befinden sich die ukrainischen Radikalen in Newelskoje, wo sie ihre Verteilung auf die Positionen durch das Brigadekommando erwarten. Die Anwesenheit der Nationalisten

wird nicht bekannt gegeben, weil die Führung der Ukraine und der ukrainischen Streitkräfte auf offizieller Ebene den internationalen Beobachtern vor einigen Jahren versichert hatten, dass diese aus der OOS-Zone abgezogen wurden, und nach wie vor die Heranziehung radikal-nationalistischer Organisationen zur Beteiligung an der Strafoperation im Donbass leugnen. **Im Zusammenhang damit schließen wir mögliche Provokationen von Seiten des Gegners in Richtung Donezk nicht aus.**
Die Verteidiger der Republik setzen die Beobachtung des Gegners fort, halten dabei streng das Regime der Feuereinstellung ein und sind bereit auf Befehl des Kommandos adäquat auf Handlungen der ukrainischen Seite zu reagieren.
Es wurde entdeckt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen im Verantwortungsbereich der 10. Gebirgssturmbrigade der ukrainischen Streitkräfte drei **Schützenpanzer in der Nähe von privaten Häusern** in Suchaja Balka sowie fünf Schtüzenpanzer in einer Schlafstadt von Belaja Gora stationiert sind.
Die **ungeordnete Installation von Sprengeinrichtungen** durch ukrainische Pioniergruppen bedroht das Leben und die Gesundheit örtlicher Einwohner, die auf dem von der Kiewer Regierung kontrollierten Territorium leben. Fälle von Verminung und deren Ergebnisse werden regelmäßig in den Berichten der Beobachter der OSZE-Mission festgehalten. So bestätigten die Beobachter im täglichen Bericht N.r 126/2021 vom 2. Juni 2021, dass am 1. Mai 2021 zwei ältere Einwohner von Gorlowka auf Minen der ukrainischen Streitkräfte gerieten, die ferngesteuert installiert worden waren. Diese Sachverhalte , die von den Beobachtern der Mission festgehalten wurden, bestätigten ein weiteres Mal, dass die Kämpfer der 10. Brigade unter Kommando Kotliks terroristische Methoden der Kriegsführung gegen die friedliche Bevölkerung einsetzen.
Wir rufen die Einwohner, die auf den von den ukrainischen Streitkräften besetzen Territorien leben, und die Bürger der Republik auf, besondere Vorsicht beim Verkehr außerhalb asphaltierter Straßen walten zu lassen und besonders auf Feldern bei der Durchführung landwirtschaftlicher Arbeiten.
Das geringe Ausbildungsniveau der Pioniere zwingt das Kommando der OOS für Arbeiten zur Untersuchung von Örtlichkeiten Vertreter internationaler Organisationen heranzuziehen. So wurde im Verantwortungsbereich der 59. Brigade, am Rand von Semigorje der Aufenthalt von Mitarbeitern der nichtkommerziellen Organisation „Halo Trust“ bemerkt, die Örtlichkeiten entlang einer allgemeinen Straße, die in die Ortschaft führt, entminen.
Die militärisch-politische Führung der Ukraine zieht weiter **ausländische Instrukteure für die Ausbildung der Einheiten der ukrainischen Streitkräfte** heran. So wurde auf dem Übungsplatz „Ursuf“ in der Nähe von Mariupol die Ankunft von 60 englischen und dänischen Instrukteuren bemerkt, die im Rahmen der Ausbildungsmission „Orbital“ planen, im Zeitraum vom 31. Mai bis 15. Juni 500 ukrainische Soldaten nach Trainingsprogrammen auszubilden, bei denen der Großteil der Ausbildungsstunden dem Scharfschützen- und Sprengstoffwesen sowie der Diversionstätigkeit gewidmet sind. Zu den Übungen wird Personal aus der 56. Panzergrenadierbrigade herangezogen. Nach der Aufstockung der Brigade auf die vorgesehene Stärke plant das Kommando der ukrainischen Streitkräfte, sie in die OOS-Zone zu schicken, wo die ukrainischen Straftruppen ihre erworbenen Fertigkeiten bei der Kriegsführung gegen die Zivilbevölkerung des Donbass demonstrieren werden.

deu.belta.by: **Naryschkin: Unsere Geheimdienste pflegen Zusammenarbeit auf hohem Niveau**
Die russischen Geheimdienste pflegen partnerschaftliche Beziehungen zu ihren belarussischen Kollegen. Das erklärte Direktor des russischen Auslandsnachrichtendienstes (SWR) Sergej Naryschkin nach einer gemeinsamen Sitzung von SWR und KGB in Witebsk. Heute war das Kollegium des Komitees für Staatssicherheit und des

Auslandsnachrichtendienstes Russlands zur 20. Sitzung zusammengekommen. „Die Nachrichtendienste unserer Staaten treffen sich regelmäßig, und das ist zu einer guten Tradition geworden. Solche Treffen bieten uns eine gute Gelegenheit, die Arbeitsergebnisse der letzten Jahre zu bewerten, weitere Aktionen zu planen und zu beurteilen, wie genau wir die Aufgaben lösen, die uns die Präsidenten beider Länder gestellt haben. Im Verlauf der gemeinsamen Diskussion haben wir eine eingehende Analyse der aktuellen Lage vorgenommen. Wir schätzen das Kooperations- und Vertrauensniveau zwischen unseren Geheimdiensten sehr hoch ein“, sagte Sergej Naryschkin.
Die Sicherheit des Unionsstaates Belarus-Russland ist ein wichtiger Bestandteil der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit.
„Der Schutz von Unabhängigkeit und Souveränität bleibt nach wie vor ein dringendes Anliegen. In dieser Hinsicht ist das Zusammenwirken der Nachrichtendienste sehr wichtig. Was unsere Partnerschaft mit dem belarussischen Komitee für Staatssicherheit betrifft, so ist sie facettenreich und umfasst viele traditionelle Bereiche wie die Bekämpfung des grenzüberschreitenden Terrorismus. Leider werden wir ständig mit solchen Bedrohungen konfrontiert. Wir haben die analytische Komponente unserer gemeinsamen Arbeit verstärkt und verfügen über eine Fülle von Informationen. Wir arbeiten zusammen und verstehen, dass wir ein viel größeres Potenzial haben, vor allem intellektuelles Potenzial. Heute haben wir über die Notwendigkeit gesprochen, diese Möglichkeiten intensiver zu nutzen“, betonte Sergej Naryschkin.
Naryschkin stellte sich den Fragen der Journalisten und kommentierte die Versuche europäischer Staaten, die Wahrheit über die Heldentat des sowjetischen Volkes im Großen Vaterländischen Krieg umzudeuten und die Kriegsgeschichte neu zu schreiben, als unzulässig.

https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000022_1622729398_57454_big.jpg

sputnik.by: **Weißrussland verhängt Vergeltungssanktionen gegen die USA – Außenministerium**
Mit dem 3. Juni haben die USA Sanktionen gegen neun staatliche Unternehmen in Weißrussland erneuert, was Minsk als "unfreundlichen Angriff" bezeichnete.
Weißrussland kann als souveränes Land den unfreundlichen Angriff der US-Behörden nicht ignorieren, sagte Anatoli Glas, der offizielle Vertreter des Außenministeriums der Republik.
Am Donnerstag wurde der US-Geschäftsführer in Weißrussland ins Außenministerium einbestellt und ihm Vergeltungsmaßnahmen angekündigt.
„Dazu zählen der Abbau des diplomatischen und administrativ-technischen Personals der amerikanischen Auslandsvertretung, die Verschärfung der Visaverfahren, die vorübergehende Einschränkung der Arbeit amerikanischer Spezialisten in Weißrussland. Wir haben auch die

Entscheidung für die Tätigkeit der US-Agentur für internationale Entwicklung in Belarus" zurückgezogen, sagte Glas gegenüber Sputnik.
Diese Maßnahmen seien zielgerichtet und sollten ein klares Signal an die USA über die Sinnlosigkeit von Druck und Zwang in den Beziehungen zu Weißrussland aussenden.
Glas betonte, dass die belarussische Seite ihrerseits bereit sei, die Kontakte mit Washington fortzusetzen, jedoch nur nach den Grundsätzen der Gleichheit und des gegenseitigen Respekts.
Er nannte die US-Sanktionen gegen mehrere belarussische Unternehmen des petrochemischen Komplexes illegal.
"Sie widersprechen dem Völkerrecht und sollen Druck auf einen souveränen Staat ausüben. Diese Maßnahmen werden den Arbeitskollektiven der betroffenen Unternehmen, normalen belarussischen Bürgern, schaden", fügte Glas hinzu.
„Die Vereinigten Staaten setzen die ‚Unterstützung des belarussischen Volkes' fort, die sich praktisch in Sanktionen ausdrückt", sagte der offizielle Vertreter des Außenministeriums.
Seiner Meinung nach erwartete Weißrussland eine solche Entwicklung der Ereignisse, daher werde alles Mögliche getan, damit dieser Angriff nicht Menschen und Arbeitskollektive betrifft.
Die USA haben mit dem 3. Juni die Sanktionen gegen neun staatliche Unternehmen der petrochemischen Industrie in Weißrussland wieder aufgenommen, teilte die Verwaltung des Weißen Hauses am Donnerstag mit. Die Sanktionen wurden bereits im April, 45 Tage vor dem Inkrafttreten, angekündigt. Die Angelegenheit betrifft das Belarussische Öl-Handelshaus, Belneftechim, Belneftechim USA Inc, Belschin, Grodno Asot, Grodno Chimwolokna, Lakokrask, Naftan und Polotsk Steknlowolokna.

Die Gewerkschaft gab eine Erklärung ab

Ende April veröffentlichte die Petrochemie- und Bergbaugewerkschaft eine Erklärung gegen US-Sanktionen gegen branchenspezifische Unternehmen. Die Organisation vereint über 140.000 Mitarbeiter.
"Der Verlust von Absatzmärkten aufgrund der Nichterfüllung von vertraglichen Verpflichtungen und ein Rückgang der Einnahmen der Unternehmen werden dazu führen, dass Unternehmen die bestehenden Tarifvertragsnormen nicht erfüllen können, die Zahl der Mitarbeiter sinkt und es sinken die sozialen Garantien für Mitarbeiter, Veteranen, Frauen und Kinder", heißt es in einer Erklärung der Gewerkschaften.
Am 1. Mai – dem Tag der Arbeit – fand in der Nähe der US-Botschaft in Minsk eine Kundgebung statt – Demonstranten sprachen sich gegen die angekündigten Sanktionen aus. An der Veranstaltung nahm auch der Vorsitzende des belarussischen Gewerkschaftsbundes Michail Orda teil, der feststellte, dass amerikanische Politiker, die Sanktionen einführen, nicht an normale Menschen denken.

Weißrussland wird antworten

Ende März unterzeichnete der belarussische Staatschef Alexander Lukaschenko ein Dekret, das es erlaubt, die Einfuhr bestimmter Warenkategorien in das Land sowie die Einfuhr von Dienstleistungen zu verbieten.
Die Beschränkungen gelten nicht nur für Einzelpersonen, Bürger von Staaten, die Sanktionen gegen belarussische natürliche und juristische Personen verhängt haben, sondern auch für Unternehmen. Der Ministerrat wurde beauftragt, eine Sanktionsliste zu erstellen. …

https://cdn11.img.sputnik.by/images/103332/63/1033326354.jpg

de.rt.com: **Norwegische Regierung bestellt US-Botschafter wegen Spionage unter Mithilfe Dänemarks ein**

Die norwegische Ministerpräsidentin Erna Solberg hat am Donnerstag den US-Botschafter einbestellt, nachdem bekannt wurde, dass die USA ihre Verbündeten mit Hilfe dänischer Unterstützung ausspioniert haben.

Die norwegische Ministerpräsidentin Erna Solberg hat am Donnerstag den US-Botschafter einbestellt, nachdem bekannt wurde, dass die USA ihre Verbündeten mit Hilfe dänischer Unterstützung ausspioniert haben. Solberg sagte nach Informationen der norwegischen Nachrichtenagentur NTB:

"Ich freue mich, dass die Amerikaner klar gesagt haben, dass sie ihre Praktiken im Jahr 2014 geändert haben, wenn es um die Überwachung von Verbündeten geht, und dass sie mit uns und anderen zusammenarbeiten wollen, um aufzuarbeiten, was passiert ist."

Zuvor hatte die Ministerpräsidentin auch ein Gespräch mit ihrer dänischen Amtskollegin Mette Frederiksen geführt. Solberg dazu:

"Ich habe ihr gegenüber wiederholt, dass wir Spionage gegen enge Freunde und Verbündete als inakzeptabel und unnötig betrachten."

Hintergrund ist ein Bericht des dänischen staatlichen Fernsehsenders DR vom vergangenen Sonntag, wonach der US-Geheimdienst NSA unter Mithilfe des dänischen Geheimdienstes von 2012 bis 2014 dänische Unterwasser-Internetkabel abgehört haben soll, um Spitzenpolitiker in Deutschland, Schweden, Norwegen und Frankreich auszuspionieren.

Die NSA sei in der Lage gewesen, auf Textnachrichten, Telefongespräche und Internetverkehr einschließlich Suchanfragen, Chats und Nachrichtendienste zuzugreifen - auch auf die von Bundeskanzlerin Angela Merkel sowie vom damaligen Außenminister Frank-Walter Steinmeier und vom damaligen Finanzminister Peer Steinbrück. Der Vorgang als solcher war bereits 2014 bekannt geworden und hatte für einige Wellen gesorgt, die Beteiligung Dänemarks ist indes neu.

Bereits im Jahr 2013 enthüllte der ehemalige NSA-Mitarbeiter Edward Snowden Tausende von geheimen Dokumenten, die die Praxis einer umfangreichen US-Überwachung im Gefolge der Anschläge vom 11. September 2001 offenlegten. Die Dokumente zeigten unter anderem, dass die US-Regierung nicht nur ihre eigenen Bürger ausspionierte, sondern auch weltweit weitreichende Abhörmaßnahmen durchführte.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.06/article/60b8f426b480cc15ed7c2ae9.jpeg

sputnik.by: **Sacharowa: Moskau schließt den Start von Flügen zwischen Weißrussland und der Krim nicht aus**

Russland schließt den Start von Luftflügen von Weißrussland auf die Krim nicht aus. Dies erklärte die offizielle Vertreterin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa in einem Interview mit dem Radio "Komsomolskaja Prawda".

Zuvor hatte der belarussische Staatschef Alexander Lukaschenko das Thema der Reisen der Weißrussen auf die Krim angesprochen. Seiner Meinung nach gingen die Weißrussen immer dorthin, um sich zu erholen, einschließlich in ein belarussisches Sanatorium. Lukaschenko erklärte, nachdem die Ukraine den Himmel für Weißrussland geschlossen habe, müsse er "Präsident Putin bitten, mich irgendwie auf die Krim zu bringen".

Laut Sacharowa begrüßt das russische Außenministerium in jeder Hinsicht die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen Weißrussland und den Teilstaaten der Russischen Föderation, einschließlich der Republik Krim.

"Da sich die epidemiologische Lage verbessert, werden wir diesen Weg weiter verfolgen. Daher ist die Krim-Richtung keine Ausnahme, wenn eine entsprechende Anfrage aus Minsk eingeht", sagte sie.

Die offizielle Vertreterin des russischen Außenministeriums erinnerte auch daran, dass ab dem 10. Juni die Zahl der Flüge zwischen den Hauptstädten der beiden Länder auf zehn pro Woche erhöht wird.

Reaktion der Ukraine

Am Mittwoch kündigte die stellvertretende Außenministerin der Ukraine, Emine Dshaparowa, an, dass das offizielle Kiew Sanktionen verhängen werde, falls Belavia Flüge auf die Krim beginne. Laut ihr werde die Ukraine sofort handeln, und "Sanktionen werden mit all den negativen Konsequenzen unvermeidlich sein".

Ab dem 26. Mai verhängte die Ukraine ein Verbot, belarussische Flugzeuge zu empfangen und ihre Flugzeuge nach Minsk zu schicken, und seit dem 29. Mai hat sie ihren Luftraum für Belavia geschlossen.

https://cdn12.img.sputnik.by/images/07e5/03/12/1047167977.jpg